

Islam

Muslime in Bayern

Ein 2015 begonnenes Projekt des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa (EZIRE) erforscht die aktuellen Lebenswelten von Muslimen im Freistaat. Erste Ergebnisse des von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften betreuten Vorhabens liegen bereits vor.

VON MATHIAS ROHE

Gebete im Islamischen Forum in Penzberg: Die 2005 eingeweihte Moschee von Alen Jasarevic gilt als einer der modernsten Sakralbauten islamischer Architektur.



Nurhan Yilmaz spricht beim Islamunterricht in der Pestalozzischule in Friedrichshafen am Bodensee mit Schulkindern über den Inhalt eines arabischen Textes.

Mitte: Plenum der Deutschen Islam Konferenz, 7. Mai 2013.



DIE ERFORSCHUNG aktueller Lebenswelten von Muslimen in Bayern ist aus verschiedenen Gründen ein Desiderat: Zum einen nimmt Bayern stark an Globalisierungsprozessen teil. Es ist Aufenthaltsort und Heimat für Menschen aus aller Welt geworden, darunter viele Muslime, die häufig schon deutsche Staatsangehörige sind. Zum anderen ist Bayern als Flächenland immer noch auch ländlich geprägt, mit starkem historischen, kulturellen und religiösen Bewusstsein.

Muslimen waren seit den Türkenkriegen als Individuen in Bayern präsent. Nach dem Zweiten Weltkrieg kümmerte sich Bayern um die muslimischen Kriegsfreiwilligen, u. a. durch Finanzierung einer geistlichen Verwaltung, über die aber so gut wie nichts bekannt ist. Daraus entstand in München eine der ersten Moscheen. Im Zuge von Gastarbeiterzuwanderung und Flüchtlingsbewegungen hat die Zahl der Muslime im Land stark zugenommen. Bayern war zudem Pionier bei der Etablierung eines islamischen Religionsunterrichts („Erlanger Modell“) und richtete an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg auch die erste Professur für Islamische Religionslehre in Deutschland ein.

Die Studie „Muslime in Bayern“

Die 2015 begonnene Studie zu Lebenswelten von Muslimen in Bayern legt einen Fokus auf Religion. Sie ist aber unter Berücksichtigung multipler Identitäten und migrationsbedingter Gegenstände bzw. Probleme wie Sprachkompetenz, Bildung, ethnische Besonderheiten und Konflikte, Kommunikationskulturen, allgemeine gesellschaftliche Debatte mit Rück-

wirkungen auf muslimische Gemeinschaften etc. breit angelegt. Als erste derartige Studie in einem deutschen Flächenland gewinnt sie erhebliche wissenschaftliche wie politische Bedeutung.

Seit dem offiziellen Arbeitsbeginn im November 2015 haben wir mehrere Dutzend Experteninterviews in vielen Teilen Bayerns geführt. Befragt wurden Vertreter und Mitglieder muslimischer und säkularer Organisationen, Verwaltungsvertreter aus Ministerien, Bezirksregierungen und Kommunen sowie der Justiz. Zudem wird Material zu allen Projektthemen gesammelt. Weiterhin werden in Kooperation mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an bayerischen Universitäten Teilforschungsprojekte vorbereitet, etwa Feldforschungs-Masterseminare zur Jugendkultur, zu Genderfragen und zur religiösen Infrastruktur. Ferner werden alle einschlägigen Publikationen und Materialien zusammengetragen und für eine spätere Auswertung aufbereitet, teils digitalisiert. Die Arbeit gestaltet sich in erheblichem Umfang interaktiv: Einerseits erheben wir Informationen insbesondere durch Experteninterviews, andererseits werden wir auch aufgrund unserer über viele Jahre erworbenen Erfahrungen zum Themenbereich Islam in Deutschland und Europa laufend um Rat gefragt. Manche Erkenntnisse fließen damit sogleich in die praktische Umsetzung ein.

Seit Beginn des auf drei Jahre angelegten Projekts erfolgten Forschungsarbeiten schwerpunktmäßig in Themenbereichen von besonde-



gen schnell verlorengehen. Hierin liegt bislang ein Schlüsselproblem muslimischer gesellschaftlicher Teilhabe. Engpässe bei personellen und finanziellen Ressourcen gibt es auch in kleineren Kommunen. Hier werten wir Projekte aus und entwickeln Vorschläge, wie möglichst unter Nutzung schon vorhandener Ressourcen zielgerichtete Zusatzangebote über regionale oder landesweite Kooperationsprojekte entwickelt werden können.

Vor allem in größeren Städten herrscht lebhaftere Konkurrenz zwischen einzelnen Akteuren. Hierbei bieten sich große Chancen, von staatlicher Seite moderierend zu wirken, indem Vertreter konkurrierender Organisationen auf

rer Aktualität. Das betrifft beispielsweise die Etablierung einer professionellen muslimischen Gefangenenseelsorge, die Organisation der Kooperation zwischen Kommunen und muslimischen Organisationen oder die Ergründung der organisatorisch schwer zu fassenden extremistisch-salafistischen Szene. Teilweise konnten die ersten Erkenntnisse – und das schon seit längerem erworbene Wissen – in konkrete Projektberatung einfließen. Hier sind etwa Themen wie „Paralleljustiz“ und der Umgang mit muslimischen Flüchtlingen zu nennen.



Erste Ergebnisse: Kooperationsfragen

Generell ist die Kooperation zwischen muslimischen Organisationen und staatlichen Behörden in vielen Bereichen gerade auf kommunaler Ebene vorangekommen. Die Städte München, Augsburg und Erlangen haben hierbei eine Vorreiterrolle übernommen. Die Kapazitäten sind allerdings wegen der weitestgehend ehrenamtlichen Tätigkeit von Muslimen begrenzt. Das bedeutet neben eingeschränkten zeitlichen und finanziellen Möglichkeiten, dass z. B. für Treffen unbezahlter Urlaub genommen werden muss. Zudem ist die Kontaktdichte sehr unterschiedlich und stark von persönlichem Engagement abhängig – auch auf staatlicher Seite. Für die zu erhoffende Professionalisierung ist es unerlässlich, einen steigenden Anteil hauptamtlicher Kräfte (z. B. im sozialen Bereich) zu finanzieren, weil sonst die in Projekten gewonnenen Erfahrun-

„neutralem“ Terrain z. B. zu runden Tischen gebeten werden können und dadurch die Gelegenheit erhalten, sich erstmals mit Vertretern bislang abgelehnter Organisationen persönlich auszutauschen. Interkonfessionelle Begegnungen und Aktivitäten sind auch geeignet, um mögliche Religionskonflikte unter Flüchtlingen zu neutralisieren. Sehr erfolgreiche Beispiele für eine lange etablierte Kooperation kann man etwa in Nürnberg studieren.

Ein Hindernis für vertrauensvolle Kooperation kann es darstellen, wenn der Sicherheitsaspekt sogleich in den Vordergrund gerückt oder stark betont wird, während es den muslimischen Beteiligten vor allem um gesellschaftliche Teilhabe geht. Eine dominierende Sicherheitsorientierung hat nachteilige psychologische

Die Tagung „Muslimfeindlichkeit“ hielt die Deutsche Islam Konferenz 2012 ab, um gesellschaftlicher Polarisierung entgegenzuwirken.

DER AUTOR

Prof. Dr. Mathias Rohe lehrt Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Erlangen-Nürnberg. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die rechtliche Stellung des Islam in Deutschland und Europa und das islamische Recht, insbesondere seine Entwicklung in der Gegenwart. Er ist Gründungsdirektor des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa (EZIRE), an dem bis 2018 auch das hier vorgestellte Projekt „Muslime in Bayern“ der Bayerischen Akademie der Wissenschaften bearbeitet wird. Er ist tätig als Sachverständiger in Parlamenten und Berater in- und ausländischer Regierungen.

Mit einem Plakat auf dem Rücken versucht ein Teilnehmer der Koran-Verteilaktion „Lies!“ die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Die „Lies!“-Kampagne wird von radikalen Salafisten organisiert und von Polizei und Staatsschutz offen überwacht.

Wirkungen auf potentielle Kooperationspartner und bringt diese auch innerhalb der Communities in Misskredit, wenn sie nur als Hilfsorgane staatlicher Sicherheitsbehörden wahrgenommen oder diskreditiert werden. Viele potentielle Kooperationspartner sind zudem in orientalischen Kommunikationskulturen sozialisiert, in denen direkte sachliche Kritik ohne vorherigen Aufbau persönlichen Vertrauens als beleidigend empfunden wird. Dies dürfte in der Regel nicht offen artikuliert werden, führt aber faktisch zum Rückzug.

Auch im Hinblick auf Behördenhandeln besteht noch breitflächiger Informationsbedarf. Er beruht weitestgehend nicht auf der Religionszugehörigkeit der Beteiligten, sondern auf deren Migrationsgeschichte (Gastarbeitermigration von Menschen mit geringer formaler Bildung und wenig Expertise im Agieren in komplexen Zivilgesellschaften). Beispielsweise sind Jugendämter ein verbreiteter Angstfaktor, was dazu führen kann, dass Familienkonflikte selbst dann nicht öffentlich gemacht werden, wenn dies zum Schutz der schwächeren Beteiligten geboten wäre. Möglicherweise gibt es auch Vorbehalte auf staatlicher Seite, mit muslimischen Organisationen zu kooperieren. Hier wird der Frage nachgegangen, welche Strategien staatliche und kommunale Behörden entwickeln, um einerseits mit geeigneten Organisationen zu kooperieren, andererseits aber extremistische oder unprofessionell agierende Organisationen auszuschließen.

Erste Ergebnisse: Extremismus und Prävention

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Ergründung der organisatorisch schwer zu fassenden extremistisch-salafistischen Szene. Die Beteiligten versammeln sich weitgehend nicht in Moscheen, wo sie aufgrund unduldsamen Auftretens gegenüber einer von ihnen abgelehnten Religionspraxis unangenehm auffallen, sondern in hermetischen Privatzirkeln. Wir kennen bislang nur sieben offensichtlich salafistische Moscheen in Bayern. Der Austausch erfolgt häufig über Internetforen, die gleichfalls analysiert werden. Näher untersucht haben wir den YouTube-Kanal Islam Bayern; die inhaltliche Auswertung ist noch im Gang. Dort werden Informationen und Videomaterial u. a. aus dem neosalafistischen Milieu zur

Verfügung gestellt. Die Predigten und Vorträge fanden in bayerischen Moscheen statt. Auch Versuche, Flüchtlinge anzuwerben, haben wir dokumentiert. Der Einstieg erfolgt nicht etwa über religiöse Indoktrination, sondern mittels „Lebenshilfe“, etwa beim Friseur oder im Handyladen.

Der politische Salafismus gewinnt Zulauf über besondere Sozialkompetenz. Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen werden milieuspezifisch angesprochen und „aufgebaut“. Anders als in vielen noch ethnisch geprägten Moscheevereinen ist dabei Deutsch die vorherrschende Sprache. Mit einer einfachen Gut-und-Böse-Theologie wird ein klarer Handlungsrah-



men angeboten. Hier bedarf es kompetenter Alternativangebote. Moscheevereine sind aufgrund einer verbreiteten strukturellen Überlastung (Ehrenamt) dazu nur eingeschränkt in der Lage. Zudem scheuen viele davor zurück, sich mit Salafisten auseinanderzusetzen, weil sie befürchten, selbst in Salafismus-Verdacht zu geraten. Andererseits sind solche Akteure unverzichtbar. Hier bedarf es klarer Rahmenbedingungen für Kooperationen, die im Rahmen des anlaufenden Salafismus-Präventionsnetzwerks geschaffen werden könnten. Das EZIRE ist hieran beteiligt. Schließlich spielen auch tatsächliche oder vermeintliche Diskriminierungserfahrungen eine Rolle. Mit Forschungen im Bereich der Jugendkultur und Befragungen in den muslimischen Communities soll hierüber mehr Klarheit gewonnen werden.



Extremistische Positionen bedrohen das friedliche Miteinander in Bayern. Das gilt nicht nur für muslimischen Extremismus, sondern auch für Islamhasser und Muslimfeinde, die selbst wiederum vor Gewalttaten nicht zurückschrecken. Entwicklungen in diesem Spektrum, die Auswirkungen solcher Aktivitäten und Präventionsüberlegungen stehen deshalb ebenso im Mittelpunkt weiterer Untersuchungen.

Erste Ergebnisse: islamischer Unterricht

Der islamische Unterricht hat sich insgesamt bewährt, bedarf nun aber einer konkreten Überleitungsperspektive von der Modellphase in eine Regelform mit entsprechender muslimischer Beteiligung. Hier sind seit einigen Jahren Initiativen zur stabilen Selbstorganisation im Gange. Die Lehrkräfte arbeiten bislang unter schwierigen Bedingungen (Unterricht in bis zu neun Schulen) mit wenig Planungssicherheit. Die Vorreiterrolle Bayerns wurde mittlerweile durch weiterreichende Perspektiven in anderen Bundesländern abgelöst, was z. B. für die Ausbildung von Lehrkräften und Theologen für Bayern gegenwärtig einen Standortnachteil bedeutet. Dieser würde noch verschärft, wenn weibliche Lehrkräfte anders als in anderen Ländern nur eingeschränkt ein Kopftuch tragen dürften.

Erste Ergebnisse: außergerichtliche Streitbeilegung und Paralleljustiz

Zum Themenbereich „Paralleljustiz“ führen wir kontinuierlich Interviews in muslimischen Einrichtungen und bei Organisationen durch, insbesondere in den Großräumen München und Nürnberg. Die religiöse Eheschließung

und -auflösung kann im Rahmen des geltenden Rechts erfolgen. Auch religiös-kulturell orientierte Streitschlichtung ist grundsätzlich begrüßenswert, solange all dies freiwillig, professionell und unter Wahrung des zwingenden deutschen Rechts erfolgt. Hier zeigen sich erhebliche Informationsdefizite, was z. B. zu unwirksamen Eheschließungen führen kann, aus denen die Beteiligten entgegen ihren Erwartungen keine Rechte ableiten können. Phänomene der Paralleljustiz gibt es auch in Bayern, wenn gleich nicht in institutionalisierter Form, also keine „Scharia-Gerichte“ oder Ähnliches. Hinsichtlich dieser Thematik beste-

hen kontinuierliche Kontakte zu muslimischen Vereinigungen, zum Justizministerium (Vortragsveranstaltungen, Fortbildungen) und zu Justizverwaltungen. ■

Das Projekt „Flüchtlingsarbeit von MuslimInnen – passgenau, emphatisch, integrativ“ dient dem Aufbau und Betrieb einer Koordinierungsstelle für die Beratung arabischsprachiger Flüchtlinge.

Bayerische Akademie der Wissenschaften

Als größte deutsche Landesakademie ist die Bayerische Akademie der Wissenschaften Gelehrtengemeinschaft und außeruniversitäre Forschungseinrichtung gleichermaßen. In den Geschichtswissenschaften fördert sie mehr als 25 langfristige Vorhaben der Grundlagenforschung.

Besondere Schwerpunkte liegen im Mittelalter, in der Frühen Neuzeit, der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, der Wissenschaftsgeschichte und der bayerischen Landesgeschichte. Darüber hinaus sind zahlreiche drittmittelgeförderte Akademievorhaben anderer Disziplinen, etwa Wörterbücher oder Lexika, für weiterführende historische Forschungen relevant. Auch in ihrem Jungen Kolleg, das bis zu 20 exzellente wissenschaftliche Nachwuchsforscherinnen und -forscher aus Bayern fördert, sind mehrere Vorhaben zu historischen Fragestellungen vertreten.

Das Projekt „Muslime in Bayern“ wird vom Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst von 2015 bis 2018 gefördert. Für das Projekt hat die Akademie eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe eingerichtet, die von Mathias Rohe geleitet wird.

Kontakt:

Alfons-Goppel-Straße 11 (Residenz)
80539 München
Telefon 089 / 23031-0
E-Mail info@badw.de
www.badw.de